



SOZIAL- & WIRTSCHAFTS- STATISTIK AKTUELL

Nr 05/2014

Download: <http://wien.arbeiterkammer.at/service/zeitschriften/SozialundWirtschaftsstatistikaktuell>

Steuerstruktur in Österreich

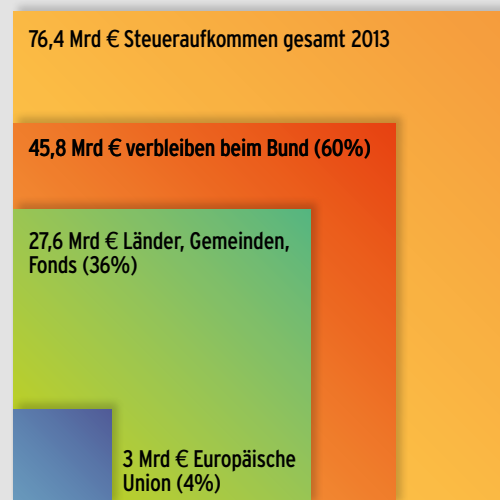
Nicht erst seit dem letzten Steuerbelastungspaket ist eine Steuerstrukturreform in aller Munde. Es handelt sich hierbei vielmehr um ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Dauerthema bei dem die Effizienz des Systems und Gerechtigkeitsfragen im Mittelpunkt stehen.

Steuereinnahmen sind für den Staat ein unabdingbares Mittel um seinen Aufgaben nachkommen zu können. Die Diskussion rund um eine Reform sollte sich deshalb nicht um ein Mehr oder Weniger an Steuern drehen, sondern darauf fokussieren, wer welchen Anteil am Steueraufkommen leistet. Und genau dabei zeigt sich, dass in Österreich eine klare Schiefelage besteht: Im internationalen Vergleich wird Arbeit in Österreich überdurchschnittlich hoch besteuert, während von Vermögen weit unterdurchschnittliche Beiträge kommen.

Steueraufkommen und Verteilung

Der größte Teil der Steuern und Abgaben wird vom Bund eingehoben. Länder und Gemeinden heben lediglich knapp 6 % der Steuern direkt ein. Im Jahr 2013 betrug das Steueraufkommen des Bundes 76,4 Mrd €. Davon wurden an die Länder, Gemeinden und an Fonds 27,6 Mrd € und an die Europäische Union 3 Mrd € überwiesen. Die bedeutendste Steuer, die von den Gemeinden eingehoben wird, ist die Grundsteuer mit einem Aufkommen von 623 Mio € im Jahr 2013. →

Abbildung 1: Steueraufkommen des Bundes und dessen Verteilung



Quelle: BMF, eigene Darstellung.

Feedback und Rückfragen bitte an SWSA@akwien.at

Abonnieren Sie SWSA als E-Mail-Newsletter: <http://wien.arbeiterkammer.at/newsletter.html>
„Sozial- und Wirtschaftsstatistik aktuell“ auswählen und auf „abschicken“ klicken.

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber** Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz Eugen Strasse 20-22 · **Redaktion** Gerlinde Hauer, Petra Innreiter, Ilse Leidl, Reinhold Russinger, Matthias Schnetzer, Norman Wagner · **Kontakt** SWSA@akwien.at · **Verlags- und Herstellungsort** Wien **Erscheinungsweise** 11 mal jährlich · DVR 0063673 AKWien



Tabelle 1: Die wichtigsten Steuern des Bundes

	Aufkommen 2013	Unterschied zum Vorjahr in Mio €	Unterschied zum Vorjahr in %
Einkommensteuer	3.119,9	518,0	19,9
Lohnsteuer	24.597,1	1.205,1	5,2
Kapitalertragsteuern	2.589,9	78,4	3,1
Körperschaftsteuer	6.018,0	691,4	13,0
Vermögenssteuern	46,0	9,4	25,7
Sonstige	2366,8	552,4	30,4
Einkommens- und Vermögensteuern	38.737,7	3.054,7	8,6
Umsatzsteuer	24.866,7	264,4	1,1
Tabaksteuer	1.662,1	41,3	2,5
Mineralölsteuer	4.165,5	-15,9	-0,4
Energieabgaben	885,8	54,8	6,6
Normverbrauchsabgabe	457,4	-50,1	-9,9
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.782,4	54,5	3,2
Versicherungssteuer	1.055,9	3,2	0,3
Grunderwerbsteuer	790,3	-145,1	-15,5
Sonstige	1190,7	-41,8	-3,4
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	36.856,8	165,3	0,5
Gebühren und Abgaben	775,7	-2,7	-0,4
Gesamt 2013	76.370,2	3.217,3	4,4

WUSSTEN SIE, DASS zirka 40 Prozent des Steueraufkommens des Bundes an die Länder, Gemeinden, Fonds und die EU weitergegeben werden?

Beinahe zwei Drittel des Steueraufkommens werden durch die beiden Massensteuern, der Umsatzsteuer mit 24,9 Mrd € und der Lohnsteuer mit 24,6 Mrd € lukriert. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Umsatzsteuer um 1,1 % gestiegen die Lohnsteuer weißt ein Plus von 5,2 % auf. Bei der veranlagten Einkommensteuer war 2013 – entgegen dem langjährigen Trend – ein besonders starker Zuwachs von 19,9 % und bei der Körperschaftssteuer ein Zuwachs von 13 % zu verzeichnen. Ein signifikanter Rückgang von 15,5 % auf 790,3 Mio € ergab sich bei der Grunderwerbsteuer.

In Österreich haben die Verbrauchssteuern und die Steuern auf Einkommen einen etwa gleich hohen Anteil, wohingegen das Vermögen als Besteuerungsgrundlage

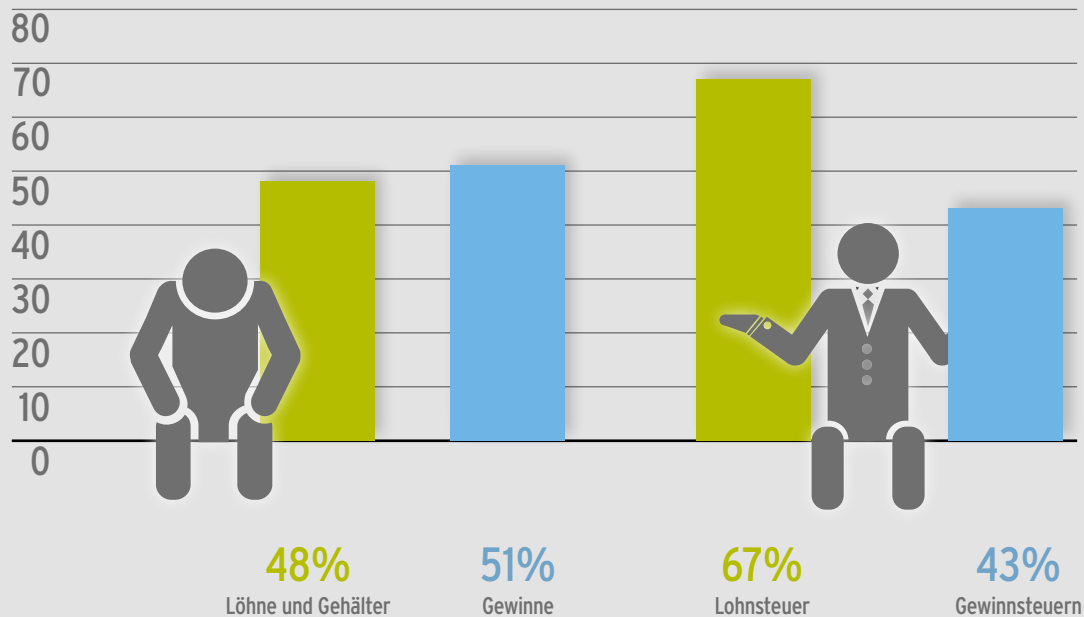
kaum mehr von Bedeutung ist. Deshalb wird Österreich auch von Seiten internationaler Organisationen wie der OECD seit langem empfohlen, eine „beschäftigungs- und wachstumsfördernde Steuerstruktur“ zu schaffen. „Die Steuerlast sollte weniger die Arbeitseinkommen treffen“ und im Gegenzug sollten Vermögenssteuern erhöht werden, so die Empfehlungen. (OECD Economic Survey 1011 und 2013)

Einkommen- und Vermögensteuern

Das Aufkommen der einkommens- und vermögensbezogenen Steuern betrug im Jahr 2013 38,7 Mrd €, →

WUSSTEN SIE, DASS ein Drittel des jährlichen Steueraufkommens von der Lohnsteuer kommt und die Einnahmen aus der Lohnsteuer jene aus der Umsatzsteuer im Jahr 2014 erstmals überholen werden?

Abbildung 2: Vergleich: Einkommenswachstum vs. Wachstum der Steuern (2000-2013)



Quelle: BMF, eigene Darstellung

WUSSTEN SIE, DASS die ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen den Löwenanteil der Steuereinnahmen tragen, während Vermögende kaum Beiträge zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben leisten?

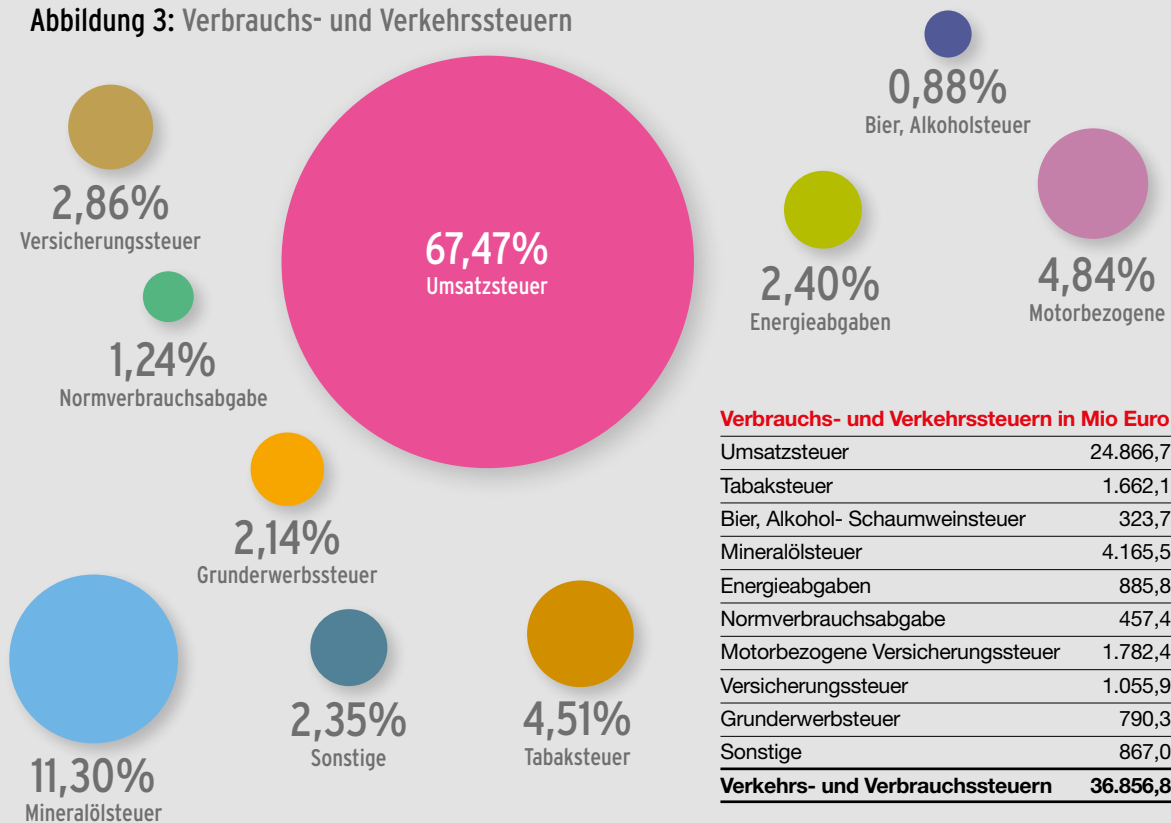
das bedeutet einen Zuwachs von 8,6 % gegenüber dem Vorjahr. Den größten Anteil nimmt dabei die Lohnsteuer mit 24,6 Mrd € ein. Auf die Körperschaftsteuer entfallen 6 Mrd €, auf die veranlagte Einkommensteuer 3,1 Mrd € und auf die Kapitalertragssteuer 2,6 Mrd €. Das Aufkommen der vermögensbezogenen Steuern mit 46 Mio € nimmt nur eine untergeordnete Rolle ein. Die Bankenabgabe lässt 580 Mio € in die Staatskassa fließen. Betrachtet man die Entwicklung der Lohnsteuern und der Gewinnsteuern (Einkommenssteuer und Körperschaftsteuer) seit dem Jahr 2000, zeigt sich, dass das Aufkommen der Lohnsteuer um 67 % angestiegen ist, wohingegen das Aufkommen aus Gewinnsteuern im selben Zeitraum nur um 43 % angestiegen ist. Das obwohl im Vergleichszeitraum die Gewinne eigentlich

stärker gestiegen sind als die Löhne und Gehälter. Gründe hierfür finden sich einerseits in Steuergeschenken für die Unternehmen und andererseits in der kalten Progression, die zu einer jährlichen Mehrbelastung der Arbeitseinkommen führt.

Besonders stark wurden in der Vergangenheit zudem die vermögensbezogenen Steuern beschnitten oder überhaupt zur Gänze gestrichen. Für das Abgabenaufkommen in Österreich spielen Vermögenssteuern nur noch eine untergeordnete Rolle. Obwohl diese früher eine wichtige Besteuerungsgrundlage bildeten, wurden die Vermögenssteuern immer mehr von den Steuern auf Einkommen und Konsum abgelöst und leisten heute nur noch einen sehr kleinen Beitrag zur Finanzierung →

WUSSTEN SIE, DASS das Steueraufkommen in den letzten 10 Jahren um 36 Prozent auf 76,4 Milliarden Euro gestiegen ist?

Abbildung 3: Verbrauchs- und Verkehrssteuern



Quelle: BMF, eigene Darstellung

der Staatsausgaben. Der Anteil, den Vermögenssteuern zum Budget beitragen, ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Das beinahe Fehlen von vermögensbezogenen Steuern stellt ein erhebliches Manko in der österreichischen Steuerstruktur dar.

Im Jahr 1990 trugen vermögensbezogene Steuern noch 2,7 % zum gesamten Steueraufkommen bei, im Jahr 2011 waren es nur noch 1,2 %. Im Vergleich dazu lag der Durchschnitt der OECD-Staaten im Jahr 2011 bei 5,4 %.

Verbrauchs- und Verkehrssteuern

Verbrauchssteuern werden auf den Konsum von bestimmten Waren und Dienstleistungen erhoben und werden im Wesentlichen von den EndverbraucherInnen, das heißt den KonsumentInnen getragen. Im Gegensatz zur Einkommensteuer wirken Konsumsteuern tendenziell regressiv, dh sie belasten Personen mit geringen

Einkommen stärker. Umso geringer das zur Verfügung stehende Einkommen ist, umso mehr davon fließt sofort wieder in den Konsum. Das Gesamtaufkommen der Verbrauchs- und Verkehrssteuern beläuft sich 2013 auf 36,9 Mrd €. Die aufkommensstärkste Verbrauchssteuer ist die Umsatzsteuer mit 24,9 Mrd € gefolgt von der Mineralölsteuer mit 4,2 Mrd €, der motorbezogenen Versicherungssteuer mit 4,2 Mrd € und der Tabaksteuer mit 1,6 Mrd €.

Gemessen an den gesamten Steuern und Abgaben sind die Konsumabgaben in Österreich im Vergleich mit den anderen EU-15 Staaten unterdurchschnittlich ausgeprägt. Dänemark nimmt im EU-15-Vergleich die Spitzenposition bei den konsumabhängigen Steuern ein, wobei hier der hohe Anteil an Umweltsteuern besonders auffällt. Auch die anderen nordeuropäischen Länder weisen einen höheren Anteil an konsumabhängigen Steuern aus als Österreich.

Die Arbeiterkammer setzt sich ein für

- eine Umstrukturierung des Steuersystems.
- die Entlastung des Faktors Arbeit. Hierbei insbesondere für die Senkung des Eingangssteuersatzes, damit mehr Netto vom Brutto bleibt.
- den Ausbau vermögensbezogener Steuern für mehr soziale Gerechtigkeit.
- eine Reform der Grundsteuer und der veralteten Einheitswerte.
- das Schließen von Steuerschlupflöchern und die Bekämpfung von Steuerflucht.
- die Einführung der Finanztransaktionssteuer.

Glossar

Kalte Progression

Die kalte Progression ist jene steuerliche Mehrbelastung, die durch die fehlende Anpassung des Einkommenssteuertarifs an die Preissteigerung entsteht. Mit jeder Lohnerhöhung steigt auch der Durchschnittssteuersatz,

weswegen sich trotz jährlichem Plus in Höhe der Inflation, netto ein Kaufkraftverlust für die ArbeitnehmerInnen einstellt.

Steuerstrukturreform

Unter einer Steuerstrukturreform wird eine Umschichtung

im Steuersystem verstanden. In Österreich muss der Faktor Arbeit entlastet werden (z.B. durch die Senkung des Eingangssteuersatzes in der Lohnsteuer), während von Vermögenden höhere Beiträge zu fordern sind.



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

